Referat 213
Az.: 213-321.00 SOW
RL : VLR I Neubert
Verf.: LR I Grunenberg

Bonn, 12.01.1990
HR: 2938
HR: 2937

Über DG 21
D 2
Herrn Staatssekretär
Herrn Bundesminister

Betr.: Haltung der Sowjetunion zur Deutschen Frage

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1. Die Haltung der SU hat sich unter dem Eindruck der Veränderungen seit dem Sommer 1989 erheblich gewandelt. Während Gorbatschow beim Kanzlerbesuch in Moskau im Oktober 1988 das Streben nach Einheit als "unkalkulierbares oder sogar gefährliches Unterfangen" sah, das nicht aktuell sei, impliziert Schewardnadse mit seinen sieben Brüsseler Fragen, daß die aktuellen Entwicklungen operative Antworten auf die Tagesordnung der Politik gesetzt haben.
   Die jüngste Entwicklung der sowjetischen Haltung zeigt, daß
   - die "deutsche Frage" die zentrale Frage sowjetischer Europapolitik bleibt;
   - ihre Lösung jetzt nicht mehr auf eine unbestimmte "historische" Zukunft verschoben werden darf, sondern als Ergebnis der Umwälzungen seit Sommer 1989 Teil eines bereits begon-

---

Verteiler:

MB 1x
BStSe 3x
BStM 2x
D 2/ DG 21
Ref. 200, 201, 202, 204, 205, 210, 212, 214, 02
Moskau, Brüssel NATO, StV Berlin

PA AA, B 38, Bd. 140727

nenen politischen Prozeßes in Europa ist, den die SU zur Wahrung ihrer Stabilitätsinteressen mitgestalten wird;
- die KSZE so ausgebaut werden muß, daß sie als Rahmen für die Mitgestaltung sonst kaum kontrollierbarer Prozesse in ganz Mittel- und Osteuropa für die SU genutzt werden kann.

Das Tempo der Veränderungen in Europa seit Sommer 1989 erfordert deshalb aus sowjetischer Sicht zügigen Ausbau der KSZE, deshalb auch der Vorschlag für ein Gipfeltreffen schon 1990. Daneben wird die SU auch die Vier-Mächte-Rechte und die Rolle der Bündnisse als politische Instrumente einsetzen.

2. Aus den sowjetischen Äußerungen ergibt sich kein fertiges Konzept, sondern "Wegweiser" für den Weg, den die Deutschen nicht verlassen sollen, wenn sie ihr Ziel in einer für sowjetische Interessen verträglichen Weise erreichen möchten. Aber: Es gibt kein absolutes Verbotsschild (mehr) für die "Wiedervereinigung".

Anmerkung zur Terminologie:
"Wiedervereinigung", "Vereinigung", "deutsche Einheit" und andere Ausdrücke werden als Synonyme benutzt. Besondere begriffliche Spitzfindigkeiten gibt es im allgemeinen nicht; sie tauchen gelegentlich in der Mediendiskussion auf. Deutlich ist jedoch, daß von sowjetischer Seite immer gemeint ist: Veränderte Beziehungen zwischen den Deutschen, die in den jetzigen Grenzen der beiden deutschen Staaten leben.

Die SU wahrt sich bei ihrem Vorgehen Spielräume: Sie folgt keiner "Linie", sondern bewegt sich innerhalb einer "Bandbreite" politischer Möglichkeiten. Eigene Langzeitinteressen erfordern dies. Die SU dürfte aber auch die Wahlen in der DDR im Auge haben: einerseits will sie die SED-Politik der Zweistaatlichkeit nicht desavouieren, andererseits will sie die Zukunft ihrer Interessen nicht an das Schicksal der SED und ihrer Thesen binden.

Das Zusammenspiel SED/Moskau zum Thema "Gefahr von rechts" zeigt, daß die SU keinen politischen Einfluß verlieren will und jede Chance nutzen wird, die ihre bedrohten Einwirkungsmöglichkeiten wiederherstellt.

PA AA, B 38, Bd. 140727

3. Die deutschlandpolitische Diskussion mit der SU hat nach den Ereignissen in der DDR eine neue Qualität, aber auch einen neuen Schwierigkeitsgrad erreicht: Auch für Moskau ist der Anfang der Lösung der deutschen Frage jetzt "auf der Tagesordnung", der Verlauf des Prozeßes aber zeitlich und inhaltlich offen. Es geht jetzt um die Kernfrage, nicht um die traditionellen Einzelfragen (Berlin-Einbeziehung u.ä.m.). Wir müssen damit rechnen, daß die SU
   - sich - solange es eben geht - für die Zweistaatlichkeit einsetzen wird;
   - bemüht bleiben wird, eine Entwicklung über Annäherung auf Einheit hin in Substanz und Tempo ihren Interessen gemäß zu beeinflussen, d.h. zunächst vor allem zu bremsen;
   - zu diesem Zweck sowohl ihre Rechte aus den Vier-Mächte-Vereinbarungen (auch diese sind in der "Kernfrage" aktueller als in den "Randfragen") nutzen als auch
   - Gemeinsamkeiten mit den anderen drei Statusmächten (und anderen interessierten Staaten) wo immer möglich betonen wird.

   Die SU dürfte Schritten zustimmen, die für die DDR von Interesse und für sie selbst unschädlich sind, aber Widerstand leisten, wo sie sowjetische Interessen tangiert sieht. Fazit: Wir können nicht mit einer grundsätzlich neuen Deutschland- und Berlin-Politik rechen, zumal das "bewahrende" sowjetische Interesse weit über die "Deutsche Frage" hinausreicht.

II. Etappen der Entwicklung

1. Vor dem Herbst 1989 gab Gorbatschow ("Perestrojka"-Buch) der deutschen Frage eine rein "historische" Dimension:
   - Eine künftige "Wiedervereinigung" der beiden deutschen Staaten wurde nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen.
   - Die Entwicklung einer konkreten Konzeption, um diesen Endzustand zu gestalten, war keine kurz- oder mittelfristige Aufgabe der Politik.
   - Deutsches Drängen wurde als "unrealistisch" oder gar "gefährlich" abgelehnt.

2. Die sowjetischen Reaktionen auf die Entwicklungen nach Öffnung der deutsch-deutschen Grenze waren nervös und besorgt, aber

PA AA, B 38, Bd. 140727

insgesamt wohlwollend. Am 15.11. begrüßte Gorbatschow vor Studenten in Moskau die Entwicklung in der DDR. Gleichzeitig wies er daraufhin, daß die Existenz von zwei deutschen Staaten eine von der internationalen Gemeinschaft anerkannte Tatsache sei, der man Rechnung tragen müsse. Gegenwärtig sei die Frage einer Wiedervereinigung dieser Staaten keine Frage der aktuellen Politik und entsprechende Überlegungen "Einmischung in die inneren Angelegenheiten der BRD und der DDR."

Die sowjetische Haltung wurde von AM Schewardnadse beim Besuch von AM Dumas am 14.11. ergänzt: Einerseits seien größere Zusammenarbeit und Annäherung zwischen den beiden souveränen deutschen Staaten eine gute Politik, die den Interessen dieser beiden Staaten wie ganz Europa entgegenkomme. Andererseits müsse man die Gefahr für die territorial-politische Ordnung auf dem Kontinent sehen, daß "Kreise der BRD" versuchten, die Frage der Wiedervereinigung in den Bereich der heutigen Politik zu rücken.

3. Weitere sowjetische Stellungnahmen belegen, daß die hauptsächliche Sorge der sowjetischen Seite darin bestand, daß die Frage der Wiedervereinigung zur unrechten Zeit angegangen und ein Prozeß ausgelöst werde, der die europäische Stabilität beeinträchtige.
   Seit Bekanntwerden des Zehn-Punkte-Plans und unter Berücksichtigung der Diskussion in der DDR stellten sowjetische Medien ein einiges Deutschland als zunehmend wahrscheinlich dar und betonten die Notwendigkeit der Einbettung dieses Prozeßes in die gesamteuropäische Entwicklung. Derart indirekte Einstimmung der sowjetischen Öffentlichkeit entspricht bekannten Verhaltensmustern.

4. Während frühere Äußerungen Gorbatschows über "unzeitgemäße" Betrachtungen zur deutschen Wiedervereinigung zeitlich "dilatorisch" klangen, wurde mit seiner Reaktion auf den Zehn-Punkte-Plan (Rom-Rede vom 30.11.) klar, daß er konkrete Gefahren bei einem unangemessen raschen Vorgehen vermeiden möchte; seine "dilatorischen" Formulierungen wurden zu "Warnschildern" in der Sache:

PA AA, B 38, Bd. 140727

"Es ist nicht zulässig, daß ein ungeschicktes Verhalten oder provokatorische Erklärungen, die sich abzeichnende wirklich epochemachende Wende kompromittieren. Jeder Versuch der Instrumentalisierung des Geschehens zu egoistischem Zweck, der Ausnutzung der Situation, um so viel wie möglich in die eigene Tasche zu stecken und die Ereignisse zum eigenen Vorteil auszunutzen, birgt das Chaos in sich."

Auf Fragen der Presse nach der deutschen Wiedervereinigung in Mailand (01.12.), Malta (03.12.) und Kiew (06.12.) führte er die gleichen wesentlichen Gedanken aus:

- Die Entwicklung müsse die Realitäten Europas berücksichtigen, die sich im Helsinki-Prozeß ausdrückten. Demzufolge gebe es - einschließlich ihrer jeweiligen Grenzen - zwei deutsche Staaten.
- Die Veränderungen in beiden deutschen Staaten würden große Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffnen.
- Die Geschichte werde die Frage der Wiedervereinigung zu entscheiden haben. Die Geschichte aber dürfe weder geschoben oder vergewaltigt werden. Prozesse, die noch nicht gereift seien, dürften nicht forciert werden.

5. Schewardnadse forderte gegenüber dem ital. AM ebenfalls Berücksichtigung der Realitäten: zwei Bündnissysteme, zwei deutsche Staaten und Lösung der deutschen Frage in einer gesamteuropäischen Entwicklungsperspektive ("schrittweises Vorgehen"). Auffällig war seine Besorgnis, die Republikaner könnten im Wahlkampf das Thema "Wiedervereinigung" in einer für die weitere Entwicklung des Wandels in Europa unverantwortlichen Weise nutzen, nämlich Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937. Darauf geht auch Gerassimows Revanchismus-Vorwurf vom 29.11. während eines Presse-Briefings in Rom zurück. Die Besorgnis der SU gilt dem territorialen Bestand der Nachkriegsordnung insgesamt, nicht nur den Grenzen Deutschlands, sondern auch den Nachkriegsgrenzen der SU und in der SU.

6. Vor dem ZK-Plenum am 09.12. verwies Gorbatschow auf die Notwendigkeit einer Einbettung der deutschen Frage in den gesamteuropäischen Prozeß. Er sagte, daß die SU die DDR als strategischen Bündnispartner nicht zu Schaden kommen lassen werde, aber dies nicht heiße, daß die Beziehungen zwischen DDR und BRD sich nicht verändern dürften; das bedeutet:

,PA AA, B 38, Bd. 140727

- Beschwichtigung nach innen, daß die SU den Sieg aus dem Zweiten Weltkrieg gegen den nationalsozialistischen Angreifer nicht aus der Hand geben werde;
- Bestandsgarantie der SU für die DDR soweit und solange sie als strategischer Bündnispartner benötigt wird. Sollten sich andere Sicherheitsgarantien für die SU ergeben, könnte die DDR in dieser Funktion eines Tages verzichtbar werden, dies ist aber heute für die SU nicht gegeben.
  Die vehemente sowjetische Kritik am dritten der zehn Punkte ist ein klarer Hinweis darauf, daß sie nicht bereit ist, den Bestand der DDR in Frage zu stellen und der Bundesrepublik einen bestimmenden Einfluß auf die politische Ordnung der DDR zu erlauben.

Die sowjetische Nervosität, wie die Kritik am 10-Punkte-Plan sie Anfang Dezember noch ausdrückte, ist zwar zurückgegangen:
- Die positive Reaktion Modrows nahm ihr den "Einmischungs"-Vorwurf.
- Die Gespräche zwischen Bonn und Ost-Berlin im Sinne einer Vertragsgemeinschaft zeigten, daß die Bundesregierung Zusammenarbeit anstrebt.
- Das beherrschte Verhalten der DDR-Bevölkerung hat Sorgen über tätlich Übergriffe oder radikale politische Entwicklungen abflauen lassen.

Aber: Das Ringen um wirklich freie Wahlen am 06. Mai birgt noch viel Konfliktstoff, auch mit der SU, ebenso die weitere Gestaltung demokratischer Verhältnisse in der DDR nach den Wahlen.

III. Die sieben Brüsseler Fragen

1. Mit seiner Rede vor dem politischen Ausschuß des Europäischen Parlaments (19.12.) leitet Schewardnadse eine neue Phase sowjetischer Deutschlandpolitik ein. Er wirbt bei unseren westlichen Partnern um Verständnis für die sowjetischen Bedenken im Falle einer Wiederherstellung der deutschen Einheit; er lehnt diese aber nicht ausdrücklich ab. Er spricht davon, daß die SU sich den legitimen Interessen der Deutschen nicht entgegenstellen will. Er besteht jedoch darauf, daß Überlegungen angestellt und Maßnahmen getroffen werden müssen, damit dieses nationale deut-

PA AA, B 38, Bd. 140727

...ichermaßen legitimen Interessen der eu-
sche Gebilde mit den ale... in Einklang gebracht werden kann.

2. Er zieht damit die Konsequenzen aus der Entwicklung in der DDR und den anderen WP-Staaten, welche in Tempo und Reichweite auch die SU überrascht haben. Die sowjetische Reaktion zielt vor allem darauf, eine Entwicklung, die schausweichlich begonnen hat und weiterläuft, in ihrem Kurs zu beeinflussen. Es gilt Handlungsspielräume zurückzugewinnen, die Veränderungen im WP aufzufangen, ihre Folgen für sowjetische Interessen zu mildern und sie zu kanalisieren. Die sowjetische Reaktion ist deshalb primär keine Festlegung in der Substanz, auch wenn sie Schwerpunkte erkennen läßt, sondern eine Suche nach interessengemäßen [illegible]. Die Veränderungen (der Zerfall?) des WP müssen Prozedurer...h gestaltet werden:
   - in der Substanz gilt es, soviel an sowjetischen Interessen zu retten wie möglich;
   - zeitlich ist schon eine Verlangsamung ("Bremsen") nützlich, weil sie Zeit für praktisches Handeln schafft;
   - wichtig ist die Prozedur auch für die außen- und innenpolitische Präsentation: Mitgestaltung als Interessenvertretung, Auffangen der Entwicklungen in einem multilateralen Rahmen als konstruktive Neuordnung der Verhältnisse in Europa.

   Die KSZE erscheint der SU dabei langfristig als der geeignete Rahmen, kurzfristig sind sicher auch die Vier-Mächte-Rechte - jedenfalls für Deutschland - ein wichtiges Instrument, mittelfristig auch die Bündnisse, jedenfalls für die sicherheitspolitische Seite der Sowjetischen Sorgen.

3. Insgesamt wird die SU mit einer beweglichen Politik versuchen, ihre Interessen zu schützen. Das heißt auch, daß sie Vorteile der alten Ordnung zu retten versuchen wird. Die Bundesrepublik ganz besonders, aber hinsichtlich Mittel- und Osteuropas der ganze Westen, müssen mit einer energischen und einfallsreichen sowjetischen Politik rechnen und sich darauf vorbereiten.

   Da Gorbatschow offenkundig Interesse hat (Helsinki-II-Vorschlag), die "Abbruch"-Phase der alten WP-Regime rasch zu überwinden und nicht mit dem Bild von Chaos im WP, sondern von ei-

PA AA, B 38, Bd. 140727

ner besseren neuen Ordnung in Europa auf seinen Parteitag zu gehen, müssen wir mit sowjetischem Zeitdruck rechnen. Gorbatschow wird im Herbst (KSZE-Gipfel) Ergebnisse, zumindest in groben Konturen, haben wollen. Das legt nahe, daß die SU sehr bald den Prozedurvorschlag eines Gipfels mit Vorschlägen zur Substanz ergänzen wird.

Neubert

PA AA, B 38, Bd. 140727